

Zeitschrift für Diskursforschung  
3. Beiheft 2018

**Zeitschrift für  
Diskursforschung**  
Journal for  
Discourse Studies

**(Kon-)Texte des  
Politischen**

3. Beiheft

Łukasz Kumiega | Christian Karner (Hrsg.)

**BELTZ** JUVENTA

# Inhalt

<i>Lukasz Kumięga, Christian Karner</i> Zum Politischen in Texten und in deren Kontext: theoretische Verortungen	3
<i>Christian Nestler, Jan Rohgalf</i> Mitte contra Mainstream Kämpfe um Deutungsmacht und Wählermarkt	16
<i>Christian Karner</i> (Kon-)texte kontrastierender Europapolitik in Österreich	54
<i>Alicja Raciniewska</i> Politisierte Kleidung und politischer Charakter von Mode	80
<i>Julia Maria Zimmermann</i> Von Andersens Märchen und Goldenen Röcken: Zum Geltungsanspruch europäischer Gleichstellungspolitik und nationalstaatlicher Abwehr im Europäischen Parlament Eine narrative Aussagenanalyse	111
<i>Jacob Nuhn</i> AktivistInnen, Alternative, KrawallmacherInnen Framings der Bewegung „Freiheit und Frieden“ in der „Gazeta Wyborcza“ im Revolutionsjahr 1989	142
<i>Janett Haid</i> Das politische Wir – Eine semantisch-pragmatische Analyse zur Verwendung der ersten Person Plural in öffentlichen Reden von nord- und lateinamerikanischen Politikern	178
<i>Silvia Bonacchi</i> Schlagbilder, Schreckbilder, Wohlfühlbilder Eine diskurslinguistische Analyse von visuellen Konstruktionen mit handlungsleitendem Charakter am Beispiel der Islam-Debatte	211

*Peter Schiffauer, Izabela Jędrzejowska-Schiffauer*  
Sprachliche Formen bei der Bewältigung der europäischen  
Wirtschafts- und Finanzkrise: Wege zur Integration oder  
Desintegration?

235

## (Kon-)texte kontrastierender Europapolitik in Österreich

**Zusammenfassung:** Dieser Beitrag behandelt die Rolle der EU in Österreichs politischem Diskurs und Fragen der nationalen Identität im 21. Jahrhundert. Obwohl das Europathema die Öffentlichkeit nicht erst seit der Finanz- und Schuldenkrise 2008 beschäftigt, dominieren seither – ähnlich wie andernorts – Fragen die Zukunft der EU und der Eurozone betreffend zusehends die politischen Debatten. Das hier besprochene Datenmaterial beinhaltet rivalisierende diskursive Positionen, wie sie von Parteien, Politikern und Intellektuellen, Medien, sowie von ansonsten nicht in der Öffentlichkeit stehenden Staatsbürgern (durch Leserbriefe oder Bürgerinitiativen) vertreten werden. Die dabei diskutierten Materialien decken Schlüsselmomente im Zeitraum von 2008 bis 2015 ab. Die daraus resultierende Analyse wirft ein komplexes, durch Nuancen gekennzeichnetes Bild auf österreichische Europadiskurse und durchleuchtet das vielfältig definierte, in Krisenzeiten weitläufig kontroverse Verhältnis zwischen der „Nation“ und dem übernationalen „Europa“. In theoretischer Hinsicht bedient sich dieser Beitrag zweier zentraler Konzepte der kritischen Diskursanalyse – der „Deixis“ (sprich: rhetorisches Zeigen) und der durch den Begriff des „Topos“ beschriebenen argumentativen Strukturen. Zusätzlich gebraucht die hier präsentierte Analyse das der Sozialanthropologie entnommene Konzept der „Identitätsgrammatiken“.

**Schlagwörter:** Österreich, Europäische Union, CDA, Deixis, Topos, Identitätsgrammatik

**Summary:** This contribution deals with the EU's place in Austrian political discourse and with questions of national identity in the 21<sup>st</sup> century. Although the topic of Europe has not only been salient since the crisis of 2008, it has – in Austria as elsewhere – become ever more pronounced since then. The data discussed here comprises rival discourses articulated by parties, politicians and public intellectuals, the media, as well as by so-called ordinary social actors mobilizing in readers' letters or through public initia-

tives. The data corpus covers key-moments between 2008 and 2015. The resulting analysis reveals complex and nuanced positions within Austrian discourses about Europe, which – particularly in times of crisis- offer competing definitions of the relationship between the nation-state and the European Union. Theoretically, the discussion uses central concepts in critical discourse analysis, including the notion of *deixis* (or “rhetorical pointing”) and the *topos* (capturing argumentative structures). This is further enhanced by the anthropological literature on “identity grammars”.

**Keywords:** Austria, European Union, KDA, deixis, topos, identity grammars

## 1. Einleitung

Am 23. April 2015 fand sich auf den Leserbriefseiten Österreichs größter, tendenziell EU-skeptischer Tageszeitung, der *Kronen Zeitung*, ein vom Generalsekretär der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik verfasster Beitrag, der das Verhältnis „der Österreicher“ zur Europäischen Union als „ambivalent“ skizzierte: Laut über einen Zeitraum von 20 Jahren regelmäßig durchgeführten Umfragen seien durchschnittlich 70 Prozent der Befragten für Österreichs Verbleib in der EU, 23 Prozent zögen einen Austritt vor, und der Rest sei unentschlossen; generell erwarte man sich von der EU mehr Schutz von Lebensqualität und eine Auseinandersetzung mit den „großen Themen unserer Zeit“; und während Brüssel oft als „fern und kompliziert“ und die EU-Mitgliedschaft als in erster Linie großen Unternehmen zum Vorteil gereichend empfunden werde, seien auch Wahrnehmungen der EU als „wirtschaftlich wichtig“, friedenssichernd, und vor allem jungen Menschen Chancen bietend weit verbreitet (*Kronen Zeitung* 23.4.2015, S. 35).

Dies dient hier als passende Momentaufnahme der umstrittenen und zentralen Rolle der EU in Österreichs politischem Diskurs und der Auseinandersetzung mit Fragen der nationalen Identität im 21. Jahrhundert. Obwohl das Europathema die Öffentlichkeit natürlich nicht erst seit Ausbruch der Finanz- und Schuldenkrise 2008 beschäftigt, dominieren seither – ähnlich wie in anderen EU-Mitgliedsstaaten – Fragen die Zukunft der EU und der Eurozone betreffend zusehends die politischen Debatten. Obgleich viel dessen, was die folgende Analyse zutage fördert, auf starke Ähnlichkeiten zu anderen europäischen Nationalstaaten verweist, muss dieser Beitrag vor dem Hintergrund Österreichs jüngerer Geschichte gelesen werden, deren weithin bekannte Meilensteine wie folgt skizziert seien: Zu den Cha-

rakteristika der Ära des viel besprochenen „Wiederaufbaus“ nach 1945 zählten nicht nur wirtschaftlicher Aufschwung und politische Stabilität, sondern gleichzeitig das Entstehen und die weitläufige Verfestigung eines neuen, nun ausdrücklich österreichischen nationalen Selbstverständnisses, das gleichzeitig Fragen der Mittäterschaft zu Zeiten des Nationalsozialismus und des Holocausts lange Zeit und in weiten Teilen der Bevölkerung ausblendete (Thaler 2001; Wodak/de Cillia 2007). In den 1990er Jahren legten internationale Vergleiche nationaler Verbundenheit nahe, dass österreichischer Patriotismus mittlerweile zu den stärksten politischen Gefühlen dieser Art weltweit zählte (Rathkolb 2005, S. 25 f.). Gleichzeitig führte die „Waldheim Affäre“ nach 1986 zu einer längst überfälligen kritischen Auseinandersetzung mit Österreichs Rolle im Zweiten Weltkrieg und dem bis dahin weitläufig unhinterfragten „Opfermythos“ (Uhl 2006). Unterdessen hatten weitreichende politische und ökonomische Veränderungen, zu deren Verstärkern in weiterer Folge und unter anderem auch das Ende des Kalten Krieges und eine neue Epoche intensiverer globaler Vernetzungen zählten, das Land erfasst.

Dem eindeutigen Ergebnis von 66,6 Prozent Ja-Stimmen bei der diesbezüglichen Volksabstimmung im Juni 1994 folgend, trat Österreich am 1. Jänner 1995 der Europäischen Union bei. In den 1990er Jahren spiegelten die politischen Erfolge der nationalistischen FPÖ (Freiheitliche Partei Österreichs) unter Jörg Haiders Führung sowohl das Ende der bisherigen zwei-Parteien Dominanz – durch Sozialdemokratie und die ÖVP (Österreichische Volkspartei) – als auch neue soziale Unsicherheiten und politische Unzufriedenheit wider. Als im Februar 2000 die FPÖ zum Koalitionspartner der ÖVP in einer neuen Regierung wurde, reagierten die damals 14 anderen EU-Mitgliedsstaaten mit einer Reihe sogenannter „Sanktionen“ (siehe Merlingen et al. 2001): Die neue Regierung wurde als Affront gegen die europäische Wertegemeinschaft verstanden. Während der sogenannte „three-wise-men Report“ zum Ende der „Sanktionen“ und der Normalisierung innereuropäischer Verhältnisse führte, war eine inner-österreichische Polarisierung zwischen Kritikern der FPÖ beziehungsweise der Regierungskoalition und EU-Skeptikern, die die europäischen Reaktionen als ungerechtfertigtes Eingreifen in nationalstaatliche Souveränität und Demokratie (miss)verstanden, zu konstatieren. Während in den darauffolgenden Jahren das Ausmaß an EU-Skepsis und Zustimmung variierten, stach Österreich in Eurobarometer-Umfragen immer wieder als eines der euroskeptischsten Mitgliedsländer hervor. Dies zeigte sich beispielsweise im Frühjahr 2010 vor dem Hintergrund der Schulden- und Sparkrise in der Eurozone, als 36 Prozent der befragten Österreicher, verglichen mit 49 Prozent im länderüber-

greifenden Durchschnitt, die Europäische Union positiv bewerteten; in Österreich sahen 23 Prozent die EU in negativem Licht, während dies EU-weit 18 Prozent der Befragten taten; gleichzeitig betrug der Prozentsatz jener befragten Österreicher, die die Vorteile der Mitgliedschaft persönlich verspürten, 41 Prozent, während 48 Prozent dem widersprachen; im länderübergreifenden Schnitt waren diese Werte deutlich positiver und lagen bei 53 beziehungsweise 35 Prozent (Eurobarometer 2010). Solche Stimmungslagen und Vergleiche erklären wohl Peter Filzmaiers Urteil aus dem Jahr 2010, dass 15 Jahre nach dem EU-Beitritt zahlreiche Österreicher noch immer nicht in Europa angekommen seien (Filzmaier 2010, S. 121).

Die hier präsentierte Analyse konkreter Positionen zu Österreich in der Europäischen Union wirft ein komplexeres, durch feinere Nuancen gekennzeichnetes Bild auf österreichische Europadiskurse, die von vielfältigen sozialen Akteuren formuliert und diskutiert werden. Dieser Beitrag beginnt mit einer Zusammenfassung der ihm zugrundeliegenden theoretischen Denkschule, seiner Methode, und der weiteren Literatur, die er wiederum zu bereichern sucht. Darauf folgen Analysen spezifischer Texte, politischer Stellungnahmen und öffentlich artikulierter Meinungen, die in ihrem jeweiligen Kontext und unter Zuhilfenahme diskursanalytischer Konzepte beleuchtet werden.

## 2. Theoretische, methodologische und thematische Verortungen

„(Kon-)texte des Politischen“ – so lautet die kürzest mögliche Formulierung dessen, was kritische Diskursanalyse, unter dem englischen Akronym CDA (*critical discourse analysis*) einem internationalen Publikum bekannt, zu beleuchten versucht. CDA nähert sich Sprache in ihren weiteren sozialen Zusammenhängen (Chouliaraki/Fairclough 1999; Weiss/Wodak 2003). Sowohl im gesprochenen als auch im geschriebenen Wort wird dadurch eine ihm innewohnende, obgleich nicht immer wahrgenommene politische Funktion erkannt. Was für politische Reden, parlamentarische Protokolle oder juristische Texte offensichtlich erscheinen mag, wird in der Auseinandersetzung mit Alltagsdiskurs seltener diskutiert, nämlich, um beispielsweise mit Fairclough (1989) zu sprechen, dass sprachliche Handlungen aller Art „soziale Praxis“ darstellen; als solche ist Sprache immer in ihren sozialen Kontexten, denen sie entspringt, zu verstehen, sowie in Relation zu ihrer sozial-strukturellen Rückwirkung – ob erkannt oder nicht – auf genau jene Kontexte. Vor diesem Hintergrund gleichfalls relevant ist die jüngere For-

schung zu politischen Narrativen, die in „Erzählungen ein grundlegendes Medium der Konstitution von [...] Bedeutung sowie [der] ‚Konstruktion von Wirklichkeiten‘“ erkennt; derartige diskursive „Sinngenerierung“ bedient sich dabei diverser „Modelle *der* Welt und (politische[r]) Konzepte *für* die Welt“ (Viehöver 2014, S. 70–75). Anders formuliert: Diskurs beschreibt bzw. konstruiert soziale Wirklichkeiten und liefert gleichzeitig unterschiedliche Modelle für deren zukünftige Gestaltung.

Sprache und ihre weiteren sozialen Zusammenhänge als sich gegenseitig konstituierend zu verstehen (Weiss/Wodak 2003), verlangt gleichzeitig explizite Definitionen des Politischen und des ihm verwandten Begriffs der Ideologie. Ersteres will hier so umfassend wie möglich verstanden werden. Sozialwissenschaftlichem Konsens feministischer und post-strukturalistischer Prägung folgend, wird *das Politische* hier folgendermaßen definiert: als die ungleiche Verteilung von, und den Kampf um, diverse/n Ressourcen, sowie die strukturell bedingten Möglichkeiten einer Person oder Gruppe, Entscheidungen zu treffen und durch diese ihr Umfeld (neu) zu formen. Eine solche Definition versteht alltägliche Kontexte, Beziehungen und Handlungen als unwiderruflich politisch, da sich hierarchische Machtstrukturen ungleich verteilter Privilegien bzw. Nachteile gerade in vermeintlich „gewöhnlichen“ Lebenswelten manifestieren (Karner 2007, S. 27–31). Anders formuliert, mag man daher das soziale Leben inhärente Politische von der enger gesteckten Domäne der Politik (sprich: machtttragende Institutionen, generell weitreichend einflussreiche Akteure und organisierte Verbände und Parteien, tendenziell größere Bevölkerungen betreffende Entscheidungsprozesse, Regeln usw.) unterscheiden. Der oft verwendete, jedoch selten präzise definierte Begriff der „Ideologie“ kann dem demnach allgegenwärtigen Politischen zu größerer analytischer Durchschlagskraft verhelfen. Martha Augoustinos liefert just eine solche Präzisierung, indem sie unter Ideologie (sub-)kulturelle Verhaltensmuster und alle sprachlichen Handlungen subsumiert, welche derzeitige Machtverhältnisse entweder stärken oder untergraben (Augoustinos 1998).

Dies kommt der zentralen Prämisse der kritischen Diskursanalyse sehr nahe bzw. erklärt diese: Sprache gehört demnach zu den Kategorien sozialen Handelns, durch die gesellschaftliche Strukturen reproduziert oder hinterfragt werden. Ziel der CDA ist es, die politischen Stoßrichtungen vielfältiger Texte und anderer sprachlicher Handlungen bzw. das jeweils Ideologische (siehe oben) in einem zu analysierenden Text, Satz oder selbst einer konkreten Wortwahl darzulegen. Um schon Angedeutetes deutlich zu machen, muss betont werden, dass sprachliche Handlungen und die sie generierenden und durch sie wiederum gestärkten oder in Frage gestellten



Kontexte nur selten von den an diesem Prozess teilnehmenden Akteuren thematisiert werden. Während insbesondere Alltagssprache oft als transparent oder „unpolitisch“ verstanden wird, besteht CDA darauf, dass sprachliche Handlungen immer soziale Ursprünge und Auswirkungen haben. Hinzu kommt, dass bedeutende Beiträge zur CDA sich als „emanzipatorisch“ verstehen und sich daher die Stärkung strukturell benachteiligter Gruppen zum Ziel setzen (Lynn/Lea 2003).

Die nachfolgende Analyse konzentriert sich auf eine überschaubare Anzahl an publizierten Texten und öffentlichen Stellungnahmen diverser Akteure, die im Zeitraum von 2008 bis (Frühjahr) 2015 das Verhältnis zwischen Österreich (und im weiteren Sinn anderer Mitgliedsstaaten) und der Europäischen Union thematisiert und oft zu verändern getrachtet haben. Die hier besprochenen Textpassagen sind langjähriger Forschung geschuldet und einem wesentlich umfangreicheren Datenkorpus entnommen, der den österreichischen Mediendiskurs – Rundfunk und die vielfältige Zeitungslandschaft des Landes (Tages-, Wochen-, nationale- und regionale-, Qualitäts- und Boulevardzeitungen) umfassend – seit dem Krisenjahr 2008 beinhaltet. Die spezifischen, hier zu analysierenden Textbeispiele sind exemplarisch für die ideologische Vielfalt, die „Europafrage“ betreffend, in diesem viel weitreichenderen Datenmaterial, das hier wiederum in erster Linie der essenziellen Kontextualisierung der konkreten, im Fokus der Diskussion stehenden Texte dient. Weiter auffallend an den hier diskutierten Texten ist deren breite soziale Streuung: Sie beinhalten von Parteien, Spitzenpolitikern und Intellektuellen vertretene Positionen; ihre „sekundäre Definitionsmacht“ (Hall et al. 1978, S. 57 ff.) ausübende Medien; ebenso wie Reaktionen auf dominante Positionen und den empfundenen Status Quo seitens ansonsten nicht in der Öffentlichkeit stehender Staatsbürger, die beispielsweise durch Leserbriefe oder politische Initiativen am öffentlichen Diskurs teilnehmen. Die hier genauer besprochenen empirischen Materialien decken Schlüsselmomente im Zeitraum von 2008 bis 2015 ab und spiegeln daher unterschiedliche Spannungsstellen der vergangenen und fort-dauernden Krisenjahre wider. Allerdings fällt das hier zu analysierende Datenmaterial in die Zeit *vor* den jüngsten europäischen Krisen, insbesondere vor der seither am intensivsten diskutierten „Flüchtlingskrise“, vor der Eskalation der griechischen Schulden- und Sparkrise im Juli 2015, sowie in die Zeit vor dem „Brexit“ Entscheid und vor der ebenfalls viel diskutierten österreichischen Präsidentschaftswahl 2016. Insofern skizziert die hier vorliegende Diskussion die früheren Stadien eines sich ständig verändernden und mittlerweile noch deutlich stärker mobilisierenden und polarisierenden diskursiven „Feldes“. Vor diesem Hintergrund lassen sich die Konturen

mehrerer, häufig miteinander rivalisierender diskursiver Positionen ausmachen. Genau darin liegt auch die Absicht dieser Analyse, nämlich das vielfältig definierte und vor allem in Krisenzeiten weitläufig umstrittene Verhältnis zwischen der „Nation“ und dem per Definition übernationalen „Europa“ zu durchleuchten. Kontextualisierung bedeutet hier, dass Österreich sowohl in seinen historischen Spezifika als auch in Relation zu anderen Nationalstaaten mit in mancher Hinsicht vergleichbaren derzeitigen politischen Dynamiken betrachtet wird (Gingrich/Banks 2006).

Die für den gegenwärtigen Diskussionsrahmen analytische Schlüsselfrage betrifft das jeweilig erlebte und erwünschte Verhältnis – der „Istzustand“ wird oft deutlich vom „Sollzustand“ unterschieden – von „Nationen“ zu „Europa“, wobei beide Kategorien als diskursive Konstruktionen verstanden werden (Anderson 1983; Wodak et al. 1999; Bauman 2004). Auf die zentralen Fragen, *wie in den untersuchten Diskursen das derzeitige Verhältnis zwischen der EU und ihren Mitgliedsstaaten beurteilt und welche etwaige Alternative propagiert wird*, wird hier mithilfe zweier zentraler Konzepte der CDA eingegangen. Ersteres ist das Konzept der „Deixis“, des rhetorischen Zeigens, das beispielsweise anhand persönlicher Fürwörter (wir, uns, unser, sie, ihr usw.), aber auch topografischer Verweise (etwa auf „hier“ oder „dort“) soziale, häufig nationale Grenzen nachzieht und ideologisch reproduziert (Billig 1995, S. 94, 106). Das zweite hier verwendete diskursanalytische Konzept ist der „Topos“: Jene vorweggenommenen Annahmen, die Argumente (meist unreflektiert) strukturieren (Krzyżanowski et al. 2009, S. 9; Reisigl/Wodak 2001, S. 74 f.) und Gegenargumenten gegenüber mehr oder minder immun sind. Aus der Literatur sind uns eine Reihe solcher selbstgefälligen, sich rhetorisch-narrativ im Kreis bewegenden Strukturen bekannt, beispielsweise Topoi der (vermeintlichen) Bedrohung von außen und damit verbundener Besorgnis (Krzyżanowski/Wodak 2009), oder der angenommenen nationalen Ein- und Verbundenheit (Kovács et al. 2009). Die Analyse argumentativer Strukturen (Topoi) und der rhetorischen Grenzziehung (Deixis) wird hier um ein drittes, der jüngeren Sozialanthropologie entnommenes Konzept erweitert. Gerd Baumann und André Gingrichs (2004) „Identitätsgrammatiken“ ermöglichen ein genaueres Hinterfragen, wie konkrete Sprachhandlungen das derzeitige oder aus ihrer Sicht wünschenswerte (politische, kulturelle usw.) Verhältnis zwischen dem Nationalen/Eigenen und „dem Anderen“, das oftmals die Kategorie „Europa“ beinhaltet, bestimmen. Anders ausgedrückt: Identität impliziert immer Differenz, allerdings folgt das diskursiv konstruierte Verhältnis zwischen „uns“ und „anderen“ unterschiedlichen Mustern; Identitätsgrammatiken verweisen auf genau diese vielfältigen Muster, anhand derer unter-

schiedlich rigide oder löchrige Grenzen der Ein- und Ausgrenzung gezogen und verhandelt werden. Eine solche konzeptionelle Ergänzung ist entscheidend für die hier zu entwickelnde Diskussion. Auf wichtigen diskursanalytischen Ansätzen zur Beleuchtung argumentativer Strukturen und rhetorischer Grenzziehung aufbauend, ermöglicht das Konzept der Identitätsgrammatiken auch einen für unsere Fragestellung wichtigen Schritt jenseits der Grenzen der CDA. Indem Baumann und Gingrich (2004) *unterschiedliche* sprachliche und gelebte Relationen zwischen „dem Eigenen“ und „dem Anderen“ festhalten, befördern sie auch gleichzeitig eine umfassendere Analyse der, wie sich zeigen wird, vielfältigeren angebotenen Konstrukte, das Verhältnis zwischen Österreich und der EU betreffend.

In thematischer Hinsicht reiht sich die hier vorliegende Diskussion in die sozialwissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Phänomen des wieder erstarkten (neo-) Nationalismus (Gingrich/Banks 2006) und insbesondere in die Forschung zum Thema der EU-Skepsis (Abts et al. 2009). Letztere ist natürlich in Bezug zu den Schulden- und Finanzkrisen, sowie den sozialen Effekten der von übernationalen Institutionen verordneten „Sparkurse“ der jüngsten Vergangenheit zu setzen und zu lesen. Außerdem fällt auf, wie von Halikiopoulou et al. (2012) dargelegt, dass EU-skeptische oder anti-europäische Diskurse mittlerweile sowohl am „rechten“ als auch am „linken“ Ende des politischen Spektrums zu finden sind, wo sie jedoch von kontrastierenden ideologischen Motivationen (sprich: von ethnischem Nationalismus und Klassensolidarität respektive) genährt werden; gleichzeitig konzentriert und reduziert sich pro-europäische Politik zusehends im und aufs Zentrum des klassischen Spektrums. Zusätzlich seien hier auch vorhandene Analysen der Instrumentalisierung der Idee und der rhetorischen Kategorie Europas, in unterschiedlichen Kontexten und zu vielfältigen politischen Zwecken (Chantera-Stutte 2003; Wöller 2014), erwähnt.

In seinem engeren geografischen Rahmen betrachtet, baut dieser Beitrag gleichzeitig auf der bestehenden Literatur zur Geschichte und Politik nationaler Identitäten in Österreich auf (Heer 2001; Pelinka 1998; Wodak et al. 1999; Karner 2011). Dabei kommt vorhandenen Analysen österreichischer EU-Skepsis (Karner 2010) besondere Bedeutung zu. Letzteren ist zu entnehmen, dass sich Europadiskussionen in Österreich häufig an als vermeintlich von globalen Märkten verursachten Problemen, an Identitäts- und Erinnerungspolitik, sowie an empfundenen Divergenzen zwischen ursprünglichen politischen Versprechen und den erlebten Realitäten der EU-Mitgliedschaft entfachen (Karner 2013). Hinzu kommt die Erkenntnis, dass Dichotomien zwischen pro- und anti-europäischen Positionen zu kurz greifen: Vor allem im Vorfeld der „EU-Wahl 2014“ waren im österreichi-

schen Kontext feinere Nuancen auszunehmen, die von Fundamentalopposition gegen das europäische Projekt, über Rufe nach tiefgreifenden Veränderungen der EU-Strukturen, moderate und vorsichtigere Skepsis, bis zu dezidiert „post-nationalen“, pro-europäischen Positionen reichten (Karner 2014). Auf solchen Beiträgen aufbauend, wenden wir uns jetzt einer Reihe spezifischer und gleichzeitig exemplarischer Texte zu, in denen das Verhältnis Österreichs zur EU und anderen Mitgliedsstaaten auf ideologisch vielfältige Weise reflektiert und diskursiv verhandelt wird.

### 3. Texte kategorischer Opposition

Im Vorfeld der Ratifizierung des Lissabon Vertrags 2008 – und der damit verbundenen Veränderungen des Verhältnisses der Mitgliedsstaaten zu den Institutionen der Europäischen Union (in erster Linie die Absicht, ein effizienteres Funktionieren der EU zu ermöglichen) – formierte sich lautstarke Kritik und Widerstand in Österreich. Neben der bereits erwähnten *Kronen Zeitung* und vieler ihrer Leser (Karner 2010) zählte die Bürgerinitiative *Rettet Österreich* (RETTÖ), die auch bei den österreichischen Nationalratswahlen 2008 antrat und dabei 0,7 Prozent der Stimmen erhielt (Wahl 2008), zu den deutlichsten Kritikern des neuen europäischen Regelwerks. Teile des dabei verwendeten Diskurses seien hier erwähnt: Die EU, so argumentierte *Rettet Österreich*, wäre zu einer „EU der Bürokraten, Konzerne und Generale“ geworden, gegen die es nun durch „direkte Demokratie mit Volksabstimmungen“ nach Schweizer Vorbild aufzutreten galt; mit Expertenhilfe würde ein „Rettungsprogramm für Österreich“ entworfen werden; und unter anderem würde RETTÖ „Gentechnik stoppen, die Neutralität Österreichs wiederherstellen und unsere Abhängigkeit von Öl entscheidend verringern – und damit die Preise stabilisieren“ (Rettet Österreich 2008).

Widerstand gegen den Lissabon-Vertrag stand in solchen und ähnlichen Darstellungen und Forderungen häufig in metonymischer Form für eine kategorische, jegliche Grautöne vermissende Opposition gegen die EU als Ganzes. Dies wird besonders deutlich, wenn man die „konnotativen Domänen“ (Hansen 1999, S. 25 f.) der hier angesprochenen Themen in ihrem nationalen Kontext betrachtet. Dabei ist daran zu erinnern, dass Österreichs Neutralität seit 1955 zu einem für viele Österreicher identitätstragenden Eckpfeiler der Zweiten Republik geworden ist, dessen Vereinbarkeit mit der EU-Mitgliedschaft vor allem seitens dezidierter EU-Skeptiker immer wieder hinterfragt wird (Wodak et al. 1999, S. 62 ff.). Gleichzeitig muss in der Interpretation der oben zitierten Position die Popularität biologischer Land-

wirtschaft, und eine oft damit einhergehende Ablehnung jeglicher landwirtschaftlicher Verwendung von Gentechnik, berücksichtigt werden: Als Indizien dazu sei darauf verwiesen, dass 1997 1,2 Millionen Österreicher ein Volksbegehren gegen Gentechnik unterschrieben und dass beispielsweise 2006 13,5 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche Österreichs biologisch bewirtschaftet wurden, während der diesbezügliche EU-Schnitt bei 3,4 Prozent lag (Gruber/Bohacek 2006, S. 11, 49). Genau diese weitverbreitete Wertschätzung politischer Neutralität und biologischer Landwirtschaft – 2009 beschrieb Georg Hoffmann-Ostenhof in seiner *Profil* Kolumne „Anti-Atom, Anti-Gen, Pro-Neutralität“ als die Grundsteine der „österreichischen Nationalreligion“ – schwang in den von RETTÖ ausgesprochenen Plänen und Versprechungen mit. Außerdem spielte RETTÖ auch auf eine immer wieder artikulierte Klage an, EU-Mitgliedschaft und die Euro-Einführung hätten – allen politischen Versprechungen zum Trotz – zu Preissteigerungen und einer Verteuerung des Alltags geführt.

Solche und ähnliche Diskurse beruhen auf einer eindeutigen Gegenüberstellung einer positiv konnotierten nationalen Domäne und einer sie angeblich bedrohenden europäischen „Außenwelt“. Dies entspricht Baumann und Gingrichs (2004) ersten „Identitätsgrammatik“, die als „orientalistisch“, weil die Kategorien des „Selbst“ und des „Anderen“ rigide trennend, bezeichnet wird. Im RETTÖ Diskurs zeigt sich eine solche diskursive Struktur außerdem in einer eindeutig nationalen Deixis: Schließlich soll hier Österreich gerettet werden, der Referenzrahmen ist also eindeutig der des Nationalstaates; und es ist natürlich anzunehmen, dass „unsere Abhängigkeit“ von fossilen Brennstoffen, die die Bürgerinitiative ebenfalls thematisierte, hier gleichfalls eine globale Problematik im engeren, nationalen Rahmen hinterfragt.

Kategorische Oppositionen zur EU manifestieren sich häufig in argumentativen Strukturen, welche ihre eigenen Prämissen reflexartig reproduzieren, insbesondere in Topoi der „Bedrohung von außen“ oder des auch von RETTÖ angesprochenen, angeblichen „Schweizer Vorbilds“ (Karner 2011, S. 101). In solchen Fällen, und wie im obigen Beispiel bereits veranschaulicht, wird jedenfalls mit einer eindeutigen, nationalen Deixis argumentiert. „Wir“ (sprich: Österreicher) werden in aller rhetorischen Deutlichkeit von einem externen Europa getrennt und dadurch auf ganz spezifische Art definiert: Man konstruiert Österreich und Europa als einander gegenseitig ausschließende Kategorien. Es wird angedeutet, man stehe hier vor einer „Entweder-oder-Entscheidung“ und könne sich und seine Solidarität nicht als sowohl österreichisch als auch als europäisch betrachten. Seit einigen Jahren wird dieser Diskurs von einer Initiative für ein „EU-Aus-

trittsvolksbegehren“ mit aller Vehemenz verdeutlicht. So wurde aus dieser ideologischen Richtung argumentiert, Österreich müsse „die untergehende EU rechtzeitig verlassen“, „wir“ ständen vor einer „schicksalhaften Entscheidung“: Es gelte, sich dem „EU-Diktat“ zu widersetzen, man müsse auch an die nächste Generation („die Kinder“) denken; und ein Austritt aus der angeblich unreformierbaren, „demokratiewidrigen“ EU würde auch ein „Raus aus EURATOM“, weiträumigeren Handel „mit der ganzen Welt“, und eine versprochene Rückkehr zu „Demokratie, Rechtsstaat und Sozialstaat“ nach Schweizer Vorbild bedeuten (EU Austrittsvolksbegehren 2011).

Derartig absolute, jegliche Überschneidungen der identitätsstiftenden Kategorien des Nationalstaats und (des hier als fremd definierten) Europas zeigten sich zum Teil auch im Vorfeld der Europaparlamentswahl 2014. Letztere lieferte ja bekanntlich EU-Skeptikern quer durch die Union teilweise äußerst beachtliche Erfolge. In Österreich wurde im Rahmen dieser Wahl eine – verglichen mit den in diesem Teil der Diskussion besprochenen diskursiven Positionen – leicht abgeschwächte, nicht unmittelbar auf einen EU-Austritt pochende EU-Skepsis in erster Linie von der FPÖ vertreten (siehe unten).

Wenige Monate später wurde mit Unterstützung von knapp 10.000 Unterschriften tatsächlich ein Antrag auf ein EU-Austrittsvolksbegehren im österreichischen Innenministerium eingereicht und von diesem im Jänner 2015 bewilligt. Dieses Volksbegehren fand vom 24. Juni bis zum 1. Juli 2015 statt und wurde von den Initiatoren als möglicherweise entscheidender Schritt in Richtung EU-Austritt betrachtet. Eine kompromisslose Ablehnung der österreichischen Mitgliedschaft seitens dieser Initiative wurde hier erneut deutlich. Demnach wurde nun versprochen, ein EU-Austritt wäre Ausdruck von „Liebe zu Österreich“ und würde eine lange Reihe unmittelbarer Vorteile nach sich ziehen: einen „Wiedergewinn“ von „Freiheit und Selbstbestimmung“ sowie von „Friedens- und Neutralitätspolitik“; einen Abschied von „Demokratiedefizit“, Euro-Rettungsschirmen, EU-Mitgliedsbeiträgen, steigender Arbeitslosigkeit, den „ruinösen Freihandelsabkommen der EU mit den USA und Kanada“, sowie von „Gentechnik und Atomindustrie“; und einen „Wiederaufbau eines gesunden Bauernstandes“ (Volksbegehren 2015).

Ein solcher Diskurs könnte mit seinen Topoi einer verklärten Vergangenheit, einer als ausschließlich als Bedrohung definierten „Außenwelt“, und des Versprechens, eine Rückkehr und Reduzierung auf die nationale Ebene würde mit einem Schlag sämtliche Probleme beseitigen, kaum eindeutiger sein. Jedoch ist zu unterstreichen, dass im diesem Beitrag zugrun-

deliegenden Datenmaterial – und in den österreichischen Debatten generell – EU-skeptische Positionen meist deutlich weniger kategorisch sind.

#### 4. Die EU als Projektionsfläche und Sündenbock

Eine zweite, hier zu diskutierende, häufiger wiederkehrende und breitenwirksamere diskursive Gruppierung erkennt die wirtschaftlich-politischen Vorteile oder Notwendigkeiten der österreichischen EU-Mitgliedschaft zum Teil zwar an, identifiziert sich jedoch eindeutig und ausschließlich mit der Nation und projiziert gleichzeitig eine Reihe aktueller Probleme und empfundener Missstände auf die EU. Der entscheidende Unterschied zu den oben besprochenen Texten liegt darin, dass diese nächste Gruppe ideologisch verwandter Positionen nicht – oder zumindest nicht unmittelbar – auf einen EU-Austritt drängt. Das hier deklarierte Ziel liegt vielmehr in weitreichenden Veränderungen europäischer Strukturen oder, genauer definiert, in deren Zurückstellung, wodurch die nationale Domäne eine ihr, wie hier angenommen wird, gebührende und, historisch betrachtet, neuerliche Aufwertung erfahren werde. 2014 verdeutlichte der FPÖ Wahlslogan „Wir verstehen eure Wut – zu viel EU tut niemand [sic!] gut“ dieses zweite Diskursmuster. Des Weiteren argumentierte Heinz-Christian Strache, die FPÖ sei nicht anti-europäisch, wolle allerdings keine „zentristische“ EU; und die FPÖ wolle demnach auch keinen EU-Austritt, sondern lediglich „Nachverhandlungen, weil Österreich nicht ‚permanenter Nettozahler‘ sein sollte“ (ORF 2014). Bei der EU-Wahl erhielt die FPÖ letztlich 19,72 Prozent der österreichischen Stimmen.

Allerdings legt eine genauere Analyse hier relevanter Textbeispiele und politischer Stellungnahmen nahe, dass jene auch subtilere Absichten verfolgen, insbesondere das politisch bequeme Vermeiden einer nuancierteren Auseinandersetzung mit komplexen Themen. Stattdessen bieten solche Positionen stark vereinfachende, verkürzende „Erklärungen“ an, die zwar populistischen Erfolg versprechen, aber nur selten als tatsächlich plausible Analysen der jeweiligen Themen betrachtet werden können. Der EU kommt dabei eine politisch äußerst hilfreiche, diskursiv kaum wegzudenkende (Doppel-)Rolle zu: der Projektionsfläche und des Sündenbocks für eine breite Palette an Problemen. Das folgende Beispiel spiegelt dies exemplarisch wider:

„Liebe Leute, wir müssen etwas unternehmen! Die EU ist gegen Öko-Strom, es wird der Atomstrom unterstützt. Die EU ist gegen altes, ge-

sundes Saatgut – unterstützt wird die große Saatgutindustrie, und somit werden unsere kleinen Bauern ruiniert! Die EU verbietet uns, unsere Grenzen wieder zu schließen – sie unterstützt somit die Machenschaften der Gaunerbanden aus dem Ausland!“ (*Kronen Zeitung* Leserbrief 18.2.2014, S. 29)

Dass solche Interpretationen zeitgenössischer Problemfelder quer durch Europa Breitenwirkung genießen, darf als bekannt vorausgesetzt werden. Wie bereits im ersten Teil dieses Beitrags ermöglichen auch hier die diskursanalytischen Begriffe der Deixis und des Topos tiefergehende Einsichten in die Struktur und Wirkung solcher und ähnlicher Positionen. Ein Topos der angeblich übermächtigen, sich jedoch in die falsche Richtung entwickelnden EU ist hierbei federführend, wie die eben zitierte Meinung exemplarisch darstellt. Außerdem ist hier, ähnlich wie in den oben diskutierten und radikaleren Austrittsdiskursen, eine ausschließliche und unwiderrufliche nationale Deixis am Werke. Obwohl in zahlreichen, immer wieder begegneten Argumenten – im Gegensatz zu den im ersten Abschnitt beleuchteten Beispielen – pragmatische Einsicht, die wirtschaftlichen Vorteile der EU-Mitgliedschaft betreffend, überwiegt, ist das identitätsstiftende Diskursmuster dieser zweiten ideologischen Formation ähnlich national orientiert. Österreich und die EU werden auch hier großteils, zumindest was das kulturelle Selbstverständnis der argumentierenden Akteure betrifft, als deutlich voneinander getrennt definiert. Wirtschaftliche Kosten-Nutzenrechnungen schwächen die oben beschriebene „orientalistische“ Identitätsgrammatik rigide voneinander getrennter Kategorien des „Eigenen“ und des „Anderen“ zwar ab, dennoch sind die Konturen einer solchen Struktur auch hier sichtbar. EU-Mitgliedschaft wird in dieser zweiten diskursiven Formation zwar nicht kategorisch abgelehnt, jedoch geschieht dies ausschließlich aufgrund praktischer Überlegungen, welche die EU auf ihre ökonomischen Komponenten und Vorteile reduziert, ihre geschichtliche, politische und „zivilisatorische Bedeutung“ allerdings kaum bis gar nicht wahrnimmt (Weiss 2000). Hier kommt es auch zu teilweisen Überschneidungen mit dem von Europas (häufig zumindest moderat) EU-skeptischen Rechtspopulisten vertretenen Topos eines „Europas der Vaterländer“ (Gärtner 2009, S. 21): Demnach sei eine weitere Integration der EU-Mitgliedsstaaten abzulehnen, beziehungsweise der bisherige Grad dieser Integration zurückzustellen; das Metonym „Brüssel“ wird in manchen solcher Diskurse zumindest zeitweise als zentralistische Gefahr für die hier beschworene, kulturell-nationale Vielfalt des europäischen Kontinents ver-



standen, welche es – laut dieser Argumentation – um jeden Preis zu bewahren gelte.

Hinzu kommt ein weiterer Topos, der die EU mit den Adjektiven „kosmopolitisch, multikulturell und weltoffen“ assoziiert, jede dieser Eigenschaften allerdings negativ konnotiert (siehe auch Aftenberger 2007). Ähnliches wurde in einem Interview mit FPÖ Bundesparteiobmann Heinz-Christian Strache deutlich, in dem dieser eine schwer nachvollziehbare Verbindung zwischen der EU und ihren angeblichen Versuchen, außereuropäische Migration zu fördern, zu erkennen glaubt. Auf Flüchtlingstragödien im Mittelmeer angesprochen, bot Strache folgende „Erklärung“ an:

„Dass die EU endlich nicht mehr das Signal vermittelt: Kommt zu uns – wenn ihr es schafft, dann habt ihr die Möglichkeit für ein besseres Leben. Genau deshalb nehmen viele Menschen [...] diese tödliche Gefahr auf sich. Ich gebe der EU die Mitschuld.“ (*Profil* 2015, S. 16)

Ein weiteres Zitat Straches veranschaulicht, dass nationaler Raum hier in der Tradition der politischen Romantik gedacht und gezeichnet wird:

„Heimat ist, wo sich Menschen angenommen und geborgen fühlen [...] der Ort, den man mit seinen Liebsten in einer gemeinsamen Sprache, einer Kultur und einer Identität wahrnimmt. Ich halte es mit Johann Gottfried Herder: ‚Heimat ist da, wo man sich nicht erklären muss‘. Wir erleben heute ja oftmals, dass sich angestammte Österreicher in ihrem Land erklären müssen.“ (*Profil* 2013, S. 23)

Wahrnehmungen wie diese artikulieren außerdem ein nationalistische Diskurse häufig charakterisierendes historisches Schema (Hutchinson 1987), wonach ein angeblich „goldenes Zeitalter“ vergangener Jahre seither einer Ära vielschichtiger Probleme und Missstände gewichen sei, welche nationalistische Politik wiederum zu beseitigen verspricht.

Ein verwandter Topos geht davon aus, in einer typischerweise „kreisförmigen“ Argumentation, dass die Verantwortung für die den Nationalstaat und seine Bürger betreffenden negativen Veränderungen der jüngeren Vergangenheit bei der EU zu finden sei. Gleichzeitig wird behauptet, es gebe auch offensichtliche Strategien der Wiederherstellung eines vorzuziehenden Status quo Ante. Im österreichischen Kontext manifestiert sich ein solch nostalgischer Diskurs häufig in einem weiteren Topos – jenem der „Insel der Seligen“ (Liessmann 2005, S. 59): Als Begriff 1971 von Papst Paul VI. geprägt, wird dieser Topos seither bedient, wenn es gilt, die jüngere

Vergangenheit als positives Gegenbeispiel einer negativ bewerteten Gegenwart gegenüberzustellen. In diesem Sinne schwang dieser Topos auch auf subtile Weise in der FPÖ Kampagne für die steirischen Landtagswahlen im Mai 2015 mit. Dort wurde auf Wahlplakaten der Partei behauptet, sie würde „Wohnen wieder leistbar machen“, „rot-schwarz“ (die Koalition zwischen SPÖ und ÖVP auf Landesebene) hätte versagt, ein angebliches „Asylchaos“ wäre zu stoppen, und die FPÖ wäre Garant für „neue Wohnungen statt neuer Moscheen“.

Obwohl die EU in diesen spezifischen Versprechungen nicht im Zentrum der Argumentation stand, teilen solche rhetorischen Strukturen den Topos einer glorifizierten jüngeren Vergangenheit und einer angeblich deutlich nachteiligeren Gegenwart mit einer weit verbreiteten EU-Skepsis. Letztere sieht ein enttäuschendes, beunruhigendes „Jetzt“ in klarem Gegensatz zur Zeit vor Österreichs EU-Beitritt (Karner 2010, 2011). Die diskursiv konstruierte Verantwortung für derzeit empfundene Missstände wird eindeutig und stark vereinfacht verteilt:

„Die Grundidee eines [...] friedlichen und wirtschaftlich zusammenarbeitenden Europas war am Beginn bestimmt gut. Allerdings was inzwischen daraus geworden ist, ist alles andere als die Versprechungen vor dem EU-Beitritt [...] Anstatt des Aufschwungs ist es zu einer enormen Abwärtsentwicklung Österreichs [...] gekommen. Steigende Arbeitslosigkeit, enorm eskalierende Staatsverschuldung, der Verlust der Kaufkraft [...] die steigende Kriminalität, bis hin zum drastischen Bauernsterben. Die EU-Entscheidungen werden von den Großkonzernlobbyisten der Atom- und der ‚Gentechnik‘ [...] stark beeinflusst. Ebenso werden in Geheimverhandlungen [...] die transkontinentalen Freihandelsabkommen TTIP, TiSA, CETA ‚verhandelt‘, wodurch die EU-Mitgliedsländer zusätzlich draufzahlen werden [...] Unsere Großeltern hatten dieses Österreich unter sehr vielen Entbehrungen ohne die EU wunderbar aufgebaut. Dass es uns jetzt noch relativ gutgeht, (wie lange noch?) ist hauptsächlich ihr Verdienst.“ (*Kronen Zeitung* Leserbrief, 22.4.2015, S. 31)

Die besorgte Beschäftigung mit den hier angesprochenen Themen kennt man natürlich nicht nur in Österreich, sondern quer durch die krisengeschüttelte EU nur allzu gut. Gleichzeitig tauchen im hier zitierten Leserbrief uns bereits bekannte Topoi der Bedrohung von außen und der vermeintlichen historischen Fehlentwicklungen wieder auf, welche ebenfalls derzeit in zahlreichen europäischen Kontexten politisch reüssieren. Allerdings, und

dies ist ein analytisch entscheidender Punkt, folgen die diesbezüglichen Argumentationsstrukturen und eine starr nationale Deixis den besprochenen Problemen keineswegs automatisch. Als nächstes wenden wir uns daher anderen diskursiven Positionen zu, die aus den gleichen Themen und Herausforderungen gänzlich andere Schlüsse ziehen.

## 5. Österreichs Herausforderungen, Europas Probleme

In Anlehnung an Michael Billigs (1995) einflussreiche These zum „banalen Nationalismus“ stellt Laura Cram die Möglichkeit eines *banal Europeanism* in den Raum: Demnach betrachte ein Gutteil der europäischen Öffentlichkeit europäische Bezugsrahmen und nationale Selbstbestimmungen als durchaus mit einander vereinbar und europäische Identitäten mittlerweile als eine die nationale Domäne ergänzende Selbstverständlichkeit (Cram 2009). Anders ausgedrückt, werden hier nationale und europäische Herausforderungen und Solidaritäten als koexistent, nicht miteinander in Widerspruch stehend definiert. In Baumann und Gingrichs Terminologie kann dies als alternative „Identitätsgrammatik“ beschrieben werden, welche das „Nationale“ als Teil des „Europäischen“ konstruiert. Die folgenden Beispiele veranschaulichen diese dritte, hier diskutierte diskursive Formation, die sich oft selbst in deutlicher Abgrenzung zu den bereits besprochenen Argumentationsmustern sieht:

„Es ist wirklich beschämend, wie ein beträchtlicher Teil von uns Österreichern nicht bereit ist, über den Tellerrand hinaus zu schauen bzw. sich von populistischen Euro-Skeptikern beeinflussen lässt. Es war ein Quantensprung in der europäischen Geschichte, dass dieses ‚Friedensprojekt Europa‘ zustande gekommen ist, und man sollte sich dessen trotz aller bestehenden Schwächen bewusst sein. Europa hat ca. sieben Prozent der Weltbevölkerung, produziert dabei ein Viertel der Weltwirtschaftsleistung und die Hälfte der Sozialleistungen unseres Planeten.“  
(*Profil* Leserbrief 31.3.2014, S. 7)

Hier muss betont werden, dass solche und ähnliche Bekundungen eines *sowohl-als-auch* Selbstverständnisses, das Österreich als unwiderruflichen Teil der Europäischen Union versteht, häufig als unmittelbare Gegenreaktion auf die oben besprochene, starre und ausschließlich nationale Identitätsgrammatik formuliert werden. Im Juli 2008, und vor dem Hintergrund des bereits thematisierten Widerstands gegen den Lissabon-Vertrag, mel-

dete sich der frühere Bundeskanzler Franz Vranitzky, während dessen Kanzlerschaft Österreich 1995 der EU beigetreten war, in der *Kronen Zeitung* zu Wort. „Eine Lanze für die EU“ brechend, argumentierte Vranitzky mit einer deutlich breiter definierten Deixis; gleichzeitig versuchte er, den am häufigsten vorgebrachten Argumenten gegen den Lissabon Vertrag den Wind aus den Segeln zu nehmen:

„Ein Blick zurück: Zwei furchtbare Weltkriege erschütterten im 20. Jahrhundert unseren Kontinent Europa. Millionen Menschen kamen ums Leben [...] In den 1950er Jahren geschah etwas Sensationelles. Deutschland und Frankreich [...] begründeten ein europäisches Einigungsprojekt, welches Krieg führen der beiden gegeneinander für alle Zeiten ausschloss [...] In späteren Jahren traten mehr und mehr Länder diesem Friedensprojekt bei. Österreich am 1. Jänner 1995 [...] Unser Land führt die Liste der Europaskeptiker an [...] Daher sei festgehalten, [...] der Reformvertrag [ist] für Österreich kein Knebelungs- und kein Bevormundungsvertrag. Nirgends im Vertrag können die abstrusen Behauptungen, wir müssten unsere Neutralität aufgeben, irgendjemand würde uns unsere Wasserquellen wegnehmen, oder wir hätten kein Selbstbestimmungsrecht mehr, nachgelesen werden, um nur einige Auswüchse aus dem Gruselkabinett der Österreich-Retter zu erwähnen. Österreich ist durch nichts und durch niemanden gefährdet, daher braucht es auch von niemandem gerettet zu werden [...] Österreich ist in der Lage, Ideen, Impulse, auch Forderungen und Kritik einzubringen, um sich selber von dem eigen produzierten Gefühl zu befreien, ein Land zu sein, das seine EU-Mitgliedschaft erleidet, anstatt sie für die eigene Zukunft zu nützen.“ (Vranitzky 2008, S. 4 ff.)

Vranitzkys Argumentationsstruktur unterscheidet sich auf jeder Ebene von den in EU-skeptischen Diskursen zu findenden Topoi und von deren Identitätsgrammatik. Besonders auffallend ist das hier anzutreffende, konfliktfreie Nebeneinander einer europäischen (*unser Kontinent Europa*) und einer nationalen (*unser Land*) Deixis. Im Gegensatz zu den eingangs besprochenen Positionen werden hier der Nationalstaat und der europäische *network State* (Castells 2000) nicht nur in Bezug auf ihre Institutionen, sondern ebenfalls bezüglich ihrer identitätsstiftenden Wirkung als einander ergänzend verstanden.

Allerdings werden auch in solchen und ähnlichen Stellungnahmen gegenwärtige Probleme erkannt und thematisiert. Der Unterschied zu den bisher analysierten Argumentationslinien besteht darin, dass die EU hier

nicht als Ursache aller Probleme, sondern als Teil möglicher Antworten und Lösungsstrategien verstanden wird. Ein besonders deutliches Beispiel dafür wurde 2011 von Hugo Portisch, einem der bekanntesten Historiker und Journalisten Österreichs, geliefert. In seiner essayistischen Auseinandersetzung mit den ersten Phasen der Eurokrise und den durch sie generierten politischen Reaktionen und Gefahren bezieht Portisch deutlich für die Europäische Union – und folglich gegen anti-EU Populismus – Stellung; vor allem die friedenssichernde, historisch einzigartige Leistung der EU sei zu schätzen und zu würdigen. Gleichzeitig ist sich Portisch auch einer Reihe nicht von der Hand zu weisender struktureller Missstände und ideologischer Engpässe bewusst, die ihn für konkrete, dringend notwendige Reformen plädieren lassen: Finanzielle Solidarität zwischen den einzelnen Mitgliedsstaaten sei symbiotisch vorteilhaft und vor allem in akuten Krisenzeiten gefordert und auszuweiten; gleichzeitig gelte es, das Subsidiaritätsprinzip der EU zu stärken und die demokratische Legitimität der EU auf allen ihren Ebenen zu vertiefen (Portisch 2011). Auf ähnliche Art argumentierte – vor dem Hintergrund der Eurokrise und der durch sie ausgelösten inner-europäischen Spannungen – beispielsweise auch Raimund Löw in der Wiener Wochenzeitung *Falter*, indem er die „ökonomische Notwendigkeit“ der nun zu finalisierenden „Vereinigten Staaten von Europa“ in den Raum stellte: Eine tatsächliche „politische Union, die auch bei Budgets, Steuern, Pensionen und Sozialsystemen das letzte Wort hat“, sei schlichtweg unumgänglich und im allgemeinen europäischen Interesse (Löw 2010).

Auch hier soll festgehalten werden, dass – ähnlich wie in bereits ange-deuteten Überschneidungen der ersten beiden, oben besprochenen Argumentationsmuster – Diskussionsbeiträge nicht immer in aller Deutlichkeit einer einzigen diskursiven Formation zuzuordnen sind. In ihrem kürzlich erschienen Buch *EU-Topia* liefern Peter Schachner-Blazizek und Werner Hauser (2015) ein Beispiel dafür, wie Argumente Charakteristika zweier, sich teilweise überschneidender Positionen in sich vereinen können (man siehe hierzu auch die sich mit denselben Autoren befassende Stelle unten). Demnach konstatieren Schachner-Blazizek und Hauser auf hier unmittelbar relevante Art und Weise, dass der Gemeinschaftswährung inhärente „Konstruktionsfehler“ dringend durch „einheitliche Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik“ zu beheben seien, dies jedoch nicht durch „Gleichschaltung“ und auf Kosten der kulturellen Vielfalt Europas geschehen dürfe; und dass es das „demokratische System“ der EU, insbesondere das Europäische Parlament und das Subsidiaritätsprinzip, stärker zu forcieren gelte; gleichzeitig üben Schachner-Blazizek und Hauser auch an bestimmten Aspekten eines möglichen Freihandelsabkommens mit den USA Kritik und zeigen Ver-

ständnis für die „Sehnsucht nach Grenzen“ in unserer globalisierten Welt (Schachner-Blazizek/Hauser 2015, S. 33, 77, 47, 100, 141, 143).

Im österreichischen „EU-Wahlkampf“ 2014 war die Mehrheit der dominanten Positionen dieser dritten, ideologisch äußerst heterogenen diskursiven Formation zuzuordnen, und zwar vertreten durch die ÖVP, die schließlich 26,98 Prozent der österreichischen Stimmen erhielt, die SPÖ (24,09 Prozent) und die Grünen (14,52 Prozent). Dabei ist offensichtlich, dass diese drei Parteien in sehr unterschiedlichen Formen und mit unterschiedlich kritischen Akzenten argumentierten. Gleichzeitig gab es hier teilweise auch Überschneidungen. Während der ÖVP Spitzenkandidat auf Wahlplakaten verkünden ließ, er würde aus Liebe zu Österreich für ein besseres Europa arbeiten, unterschied ein SPÖ Slogan auf nicht unähnliche Art und Weise die „Herzensangelegenheit Österreich“ von der „Kopf-“ bzw. Vernunftfrage Europa. Die Spitzenkandidatin der Grünen argumentierte währenddessen, Europa dürfe nicht „irgendwo draußen“ verortet werden, denn es sei „unser Zuhause“ (*Der Standard* 29.4.2014, S. 8). Anhand der hier verwendeten Konzepte, insbesondere der Deixis und unterschiedlicher Identitätsgrammatiken, kann das analytische Augenmerk auf gewisse, ideologische Vielfalt überbrückende Gemeinsamkeiten gelenkt werden: Bezüglich impliziter Selbstbestimmungen und verwendeter Argumentationen wurden hier Österreich und Europa als sich nicht gegenseitig ausschließende, sondern mit einander in engem Wechselspiel verbundene Kategorien betrachtet. Kürzer formuliert, war diese dritte diskursive Formation ideologisch äußerst vielfältig; und gleichzeitig gab es hier einen 2014 insgesamt mehrheitsfähigen gemeinsamen Nenner: die Akzeptanz einer mehr oder weniger engen und notwendigen Verflechtung zwischen dem Nationalstaat und der EU. Und während im Gegensatz zu den eingangs besprochenen Positionen keine Widersprüche, sondern vielfältige – wenn auch nicht immer konfliktfreie – Verbindungen zwischen Österreich und der EU diagnostiziert und betont wurden, so blieb der Akzent auch hier auf der nationalen Domäne. Darin unterscheidet sich diese dritte Gruppe der besprochenen Positionen von der vierten und letzten Gruppierung.

## 6. Für eine „post-nationale“ Demokratie

Um die vierte und zweifelsfrei bisher am seltensten öffentlich vertretene Position zu behandeln, ist eine historisch tiefere Kontextualisierung hilfreich. Insbesondere sei hier auf jüngere historische Forschung verwiesen, die eine im 19. Jahrhundert um sich greifende „Nationalisierung“ zentral-

ropäischer Gesellschaften (Judson 2005a, 2005b; Judson/Rozenblit 2005; Wingfield 2003) konstatiert. Dies verweist auf die historisch belegte Tatsache, dass nationale Grenzziehungen und Identitäten jüngeren Ursprungs sind und erst – vor allem durch nationale/nationalistische Verbände, Parteien und in weiterer Folge durch über Medien verbreitete Diskurse – konstruiert werden mussten. Hinzu kommt die Erkenntnis, dass der spätere „Siegesszug“ des Nationalen anfänglich keineswegs unausweichlich erschien. Demnach zeigen beispielsweise Judson und Zahra (2012), dass es auch quer durch Zentraleuropa und bis ins frühe 20. Jahrhundert „Räume“ und „Formen“ des Widerstands und der Gleichgültigkeit gegenüber nationaler Grenzziehungen (spricht: der nationalen Deixis) gab. Historische Quellen verweisen also in aller Deutlichkeit auf Formen der „Plurikulturalität“ (Feichtinger/Cohen 2014, S. 10) – wie beispielsweise Mehrsprachigkeit, interkulturelle Beziehungen wirtschaftlicher und privater Natur, und in den „Grauzonen“ zwischen starren, ethnischen Kategorien gelebte Biografien.

Im heutigen Kontext, und vor dem gänzlich anders strukturierten institutionellen Hintergrund der Europäischen Union und ihrer gegenwärtigen Krisen, zeigen sich vergleichbare Positionen, die dem Nationalen und einer derzeit weiträumig stattfindenden Renationalisierung (z. B. Hartleb 2012) einen nun manchmal als „post-national“ beschriebenen Diskurs entgegenzusetzen. In Österreich sind solche dezidiert europäisch orientierten Positionen am deutlichsten in an die breitere Öffentlichkeit gerichteten Aufsätzen prominenter Intellektueller und in der Politik der NEOS auszumachen.

Deutliche Anzeichen eines solchen post-nationalen Diskurses sind im bereits erwähnten Buch *EU-Topia* von Peter Schachner-Blazizek und Werner Hauser zu finden. Demnach definieren sich die Autoren als „überzeugte Europäer und Befürworter des Integrationsprozesses“ und argumentieren, dass „wir“ – hier wird offensichtlich auf eine europäische „Ingroup“ verwiesen – sowohl „mehr Europa“ als auch ein spezifisch europäisches Narrativ, das unter anderem die Werte der Aufklärung, das Friedensprojekt Europa und „Menschen- und Grundrechtsschutz“ betonen sollte, bräuchten; außerdem, so Schachner-Blazizek und Hauser, sei das „Schwinden der Bedeutung von Nationalstaaten [...] eklatant spürbar, aber mental noch nicht akzeptiert“, und der „Abbau“ der wirtschaftlichen „Ungleichgewichte zwischen starken und schwachen Ländern“ dringend notwendig (Schachner-Blazizek/Hauser 2015, S. 7, 38, 130 ff., 75, 107).

Als nächstes muss hier Robert Menasse erwähnt werden, der sich als bedeutender deutschsprachiger Schriftsteller auch mit einer Reihe kritischer Aufsätze zu Österreichs Vergangenheit und Gegenwart internationale Anerkennung erarbeitet hat (Herzog 2011, S. 250 ff.). Für unsere Zwecke ist

insbesondere Menasses Buch *Der Europäische Landbote* (2012), das auf seinen detaillierten Recherchen in Brüssel beruht, von Relevanz. In direktem Widerspruch zu manchen der am häufigsten vorgebrachten Kritikpunkten an der EU argumentiert Menasse, dass sich in Verweisen auf die „Demokratiedefizite“ der EU „in Wirklichkeit das Unbehagen am schleichenden Verlust einer [nationalen] Identität, die objektiv ohnehin immer Chimäre war“, zeige; und, so fährt Menasse fort, EU-Skeptiker verdrehen „was auf nationaler Ebene einfach ‚Gesetzgebung‘ heißt, [...] im europäischen Einigungsprozess pejorativ zum ‚Regulierungswahn‘“ (Menasse 2012, S. 13 ff.). Als nächstes widerlegt Menasse weitere zentrale Topoi der EU-Skepsis, indem er darauf verweist, dass sich die Europäische Kommission im Zuge seiner Forschung – und zu seiner eigenen Überraschung – als „offene und transparente Institution“ und die Brüsseler Bürokratie als „extrem schlank“ und „sparsam“ offenbaren hätten. Davon ausgehend, konstatiert Menasse jedoch einen dringend reformbedürftigen „Konstruktionsfehler“ im Herzen der EU: Während er in der Kommission und dem Europäischen Parlament „zwei wirklich supranationale Institutionen“ erkennt, betrachtet Menasse den Europäischen Rat als kontraproduktiven Hemmschuh und „Bollwerk der Verteidigung nationaler Interessen“, das laut Menasse einer notwendigen Entwicklung einer „nachnationalen Demokratie“ und eines „subsidiären Europas der Regionen“ im Wege stehe. (ebd., S. 49 f., 84 ff.)

Zu guter Letzt seien hier auch die NEOS erwähnt; 2012 gegründet, erhielt diese Partei bei der EU-Wahl 2014 8,14 Prozent der österreichischen Stimmen. In ihrem „9 ½ Punkte Programm“ argumentieren die NEOS in ähnlich pro-europäischer, gleichzeitig jedoch kritischer Manier: Demnach brauche das europäische Friedensprojekt ein stärkeres Parlament, eine direkt gewählte Kommission, mehr budgetäre Disziplin, eine gemeinsame Wirtschaftspolitik, ein „demokratisches Europa der Regionen“, und eine europäische Staatsbürgerschaft (NEOS 2014).

In solchen Argumentationsmustern ist deutlich eine alternative Identitätsgrammatik zu erkennen, die das Nationale und das Europäische nicht nur als sich gegenseitig ergänzend betrachtet, sondern letzterer Kategorie eindeutig größere Bedeutung zumisst. Insofern zeigen die hier besprochenen Beispiele post-nationaler Diskurse – in der Deutlichkeit ihrer Opposition zu den eingangs analysierten, EU-skeptischen oder nationalstaatlich orientierten Positionen –, wie umstritten Europadiskussionen derzeit verlaufen und wie vielfältig die implizierten politischen Positionen sind.



## 7. Schlussbemerkungen

Wie in den anderen Beiträgen zu diesem Sammelband stand auch hier das „Ineinanderwirken“ von Kontexten und Texten im Mittelpunkt der Analyse. Das Konzept *des Politischen*, dem hier besondere Bedeutung zukam, wurde dabei als beträchtlich über die institutionell enger definierte *Politik* hinausgehend definiert. Sprache und ihre Manifestation in diversen Texten wurden, der Tradition der kritischen Diskursanalyse folgend, als Schlüssel-domänen des Politischen betrachtet. Soziale Aus- und Eingrenzung, niemals gänzlich abgeschlossene Prozesse der intersubjektiven Konstitution von – und Auseinandersetzung mit – „Sinn“ und „Bedeutung“ geteilter Erfahrungen und Perspektiven, sowie der Wettstreit konkurrierender Gesellschaftsmodelle – all dies schlägt sich in geschriebener und gesprochener Sprache nieder. Des Weiteren ist die aktive Teilnahme an solchen diskursiven Prozessen keineswegs der strukturell begünstigten „Elite“ vorbehalten; vielfältige soziale Akteure, mit unterschiedlichsten Positionen in den bestehenden Machtverhältnissen und diversen politischen Überzeugungen, partizipieren dabei, obgleich mit äußerst ungleich verteilten Möglichkeiten der Einflussnahme.

Gleichzeitig geht kritische Diskursanalyse deutlich über das ihr zugrundeliegende Verständnis von Sprache als von ihrem jeweiligen sozialen Kontext geformt und auf jenen wiederum rückwirkend (z. B. Weiss/Wodak 2003) hinaus. In ihren konkreten Ausformungen bietet CDA vielfältige analytische Konzepte an, deren Anwendung Licht auf die Prozesse der Grenzziehung, Identitäts- und Bedeutungskonstitution, und des ideologischen Wettstreites werfen. Die spezifischen, hier verwendeten theoretischen Hilfsmittel waren jene der *Deixis* und des *Topos*. Erstere verweist auf das „rhetorische Zeigen“ (Billig 1995, S. 94) auf Gruppen und Orte, durch die Grenzen geschaffen und aufrechterhalten werden. Gleichzeitig beschreiben *Topoi* oft „kreisförmige“ Argumentationsstrukturen, oder jene Annahmen und Behauptungen, die Prämisse und Schluss zugleich darstellen (Reisigl/Wodak 2001, S. 74 f.). Diese beiden theoretischen Stützen wurden in dieser Analyse um ein weiteres, der Sozialanthropologie entnommenes Konzept erweitert, nämlich um jenes der „Identitätsgrammatiken“ (Baumann/Gingrich 2004). Hierbei handelt es sich um die spezifischen, diskursiv konstruierten Beziehungen zwischen den identitätsstiftenden Kategorien des „Eigenen“ und des „Anderen“, die politischen Positionen oder kulturellen Perspektiven eigen sind; Identitätsgrammatiken erinnern daran, dass „wir“ und „sie“ nicht zwingend in einem starren Verhältnis gegenseitiger Ausgrenzung stehen müssen, dies jedoch häufig tun.

In seiner empirischen Anwendung richtete sich dieses analytische Modell hier an österreichische EU-Diskussionen und Auseinandersetzungen mit den Krisen seit 2008. Dabei wurde darauf geachtet, vielfältige Positionen „einzufangen“ und einer diskursanalytischen Diskussion zu unterziehen, nämlich parteipolitische Positionen genauso wie die divergierenden Beiträge zum öffentlichen Diskurs seitens bekannter Intellektueller oder der Verfasser von Leserbriefen. Anhand des konkreten analytischen Augenmerks, das die Konzepte der Deixis, der Topoi und Identitätsgrammatiken schärfen, war es folglich möglich, vier unterschiedliche Gruppierungen oder intern heterogene, diskursive Formationen auszumachen. Demnach werden österreichische Europa-Diskussionen derzeit von einem Wettstreit der folgenden vier, auch intern vielschichtigen Diskurse bestimmt: erstens, Positionen kompromissloser Ablehnung der EU; zweitens, EU-kritische Politik unterschiedlicher Prägung, welche zwar nicht auf einen (unmittelbaren) Austritt pocht, die allerdings in der Europäischen Union die Ursache der meisten derzeitigen Missstände und Probleme sieht; drittens, Argumentationsstrukturen und Identitätsmuster, die Österreich als eindeutigen und unwiderruflichen Bestandteil der EU betrachten, wenn auch der Fokus hier weiterhin auf die Ebene des Nationalstaats gerichtet wird; und viertens, politisch periphere Positionen, die in post-nationaler Manier auf ein weiteres und engeres Zusammenwachsen Europas und eine notwendige Stärkung europäischer – anstatt nationalstaatlicher – Demokratie drängen.

Solche und ähnliche diskursive Spannungen und Aushandlungen können derzeit quer durch Europa verfolgt werden. An weiteren Anwendungsfeldern für den hier verwendeten methodologischen und analytischen Ansatz mangelt es daher wahrlich nicht. Dabei geht es allerdings um weit mehr als die Verwendung einer spezifischen intellektuellen Denkschule. In Wahrheit durchleben „wir“ (man merke: Diese Deixis sei hier europäisch anstatt national definiert) eine Reihe von Krisen und Prozessen, die ganz Europa nachhaltig (neu-)formen werden. Dabei spielen Grenzziehungen, Interpretationsmuster und politische Gestaltungsmodelle eindeutige Schlüsselrollen. Wie hier dargelegt, kann uns eine konzeptionell erweiterte kritische Diskursanalyse zu einer deutlicheren Wahrnehmung dieser Prozesse verhelfen – und dadurch zu einem schärferen Verständnis unserer krisengeschüttelten, in eine unsichere Zukunft weisenden Gegenwart.

Des Weiteren muss festgehalten werden, dass der hier nicht mehr direkt berücksichtigte Zeitraum seit dem Sommer 2015 von einer weiteren Vertiefung gesamteuropäischer Krisen geprägt war: Die griechische Schulden- und Sparkrise sowie die Rolle der Eurogruppe darin, die im Rahmen der „Flüchtlingskrise“ deutlich zutage getretene Renationalisierung und Frag-

mentierung innerhalb der EU und der sich nun abzeichnende „Brexit“ sind wohl die dafür deutlichsten Symptome. Im österreichischen Kontext zeichnete sich 2016 eine weitere Polarisierung prominenter Positionen zur „Europa-Frage“ ab. In der Präsidentschaftsstichwahl standen sich ein deutlich pro-europäischer Kandidat und ein dezidierter und starker EU-Skeptiker gegenüber. Letzterer, der letztlich unterlegene FPÖ-Kandidat Norbert Hofer, plädierte kurzzeitig für den Fall eines etwaigen EU-Beitritts der Türkei für ein Referendum bezüglich Österreichs weiterer EU-Mitgliedschaft. Damit schien auch ein „Öxit“ oder „Auxit“ zumindest kurzzeitig durchaus denkbar. All dies verdeutlicht, dass die hier besprochenen Positionen ständigen diskursiven Neuaushandlungen und möglichen Verschiebungen unterliegen; und es zeigt, wie viel hier tatsächlich auf dem Spiel steht.

## Literatur

- Abts, K./Heerwegh, D./Swyngedouw, M. (2009): Sources of euroscepticism, *World Political Science Review* 5(1), <http://www.bepress.com/wpsr/vol5/iss1/art3/>, (Abruf 20.9.2010).
- Aftenberger, I. (2007): *Die Neue Rechte und der Neorassismus*. Graz: Leykam.
- Anderson, B. (1983): *Imagined Communities*. London: Verso.
- Augoustinos, M. (1998): Social representations and ideology. In: Flick, U. (Hrsg.): *The Psychology of the Social*. Cambridge: Cambridge University Press, S. 156–169.
- Bauman, Z. (2004): *Europe*. Cambridge: Polity.
- Baumann, G./Gingrich, A. (Hrsg.) (2004): *Grammars of Identity*. Oxford: Berghahn.
- Billig, M. (1995): *Banal Nationalism*. London: Sage.
- Castells, M. (2000): *End of Millennium*. Oxford: Blackwell.
- Chantera-Stutte, P. (2003): The ambiguous heritage of Mitteleuropa: The resurfacing of Mitteleuropa as a counter-image to the EU in Austrian populism. In: *Law and Critique* 14, S. 325–353.
- Chouliaraki, L./Fairclough, N. (1999): *Discourse in Late Modernity*. Edinburgh: Edinburgh University Press.
- Cram, L. (2009): Introduction. In: *Nations and Nationalism* 15(1), S. 101–108.
- Der Standard, Eurobarometer (2010): Standard EB 73, Spring 2010, [http://ec.europa.eu/public\\_opinion/archives/eb/eb73/eb73\\_fact\\_at\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb73/eb73_fact_at_en.pdf) (Abruf 7.2.2011).
- EU-Austrittsvolksbegehren (2011): Österreich muss die untergehende EU rechtzeitig verlassen, [www.eu-austritts-volksbegehren.at](http://www.eu-austritts-volksbegehren.at) (Abruf 18.3.2011).
- Fairclough, N. (1989): *Language and Power*. London: Longman.
- Feichtinger, J./Cohen, G. (2014): Introduction – understanding multiculturalism: The Habsburg Central European experience. In: Feichtinger J./Cohen, G. (Hrsg.): *Understanding Multiculturalism*. New York und Oxford: Berghahn, S. 1–14.
- Filzmaier, P. (2010): *Der Zug der Lemminge*. Salzburg: ecowin.
- Gärtner, R. (2009): *Politik der Feindbilder*. Wien: Kremayr und Scheriau.

- Gingrich, A./Banks, M. (2006): *Neo-Nationalism in Europe and Beyond*. New York: Berghahn.
- Gruber, A./Bohacek, H. (2006): *Lebensmittel heute*. Graz: Kammer für Arbeiter und Angestellte.
- Halikiopoulou, D./Nanou, K./Vasilopoulou, S. (2012): The paradox of nationalism: the common denominator of radical right and radical left Euroscepticism. In: *European Journal of Political Research* 51, S. 504–539.
- Hall, S./Cricher, C./Jefferson, T./Clarke, J. N./Roberts, B. (1978): *Policing the Crisis*. Basingstoke: Macmillan.
- Hansen, T. B. (1999): *The Saffron Wave*. Princeton University Press.
- Hartleb, F. (2012): European project in danger? Understanding precisely the phenomena “Euroscepticism, Populism and Extremism” in times of crisis. In: *Review of European Studies* 4(5), S. 45–63.
- Heer, F. (1981\2001): *Der Kampf um die österreichische Identität*. Wien: Böhlau.
- Herzog, H. H. (2011): *Vienna is Different*. New York und Oxford: Berghahn.
- Hoffmann-Ostenhof, G. (2009): *Unsere Nationalreligion*, Profil 9.3., S. 73.
- Hutchinson, J. (1987): *The Dynamics of Cultural Nationalism*. London: Allen and Unwin.
- Judson, P. (2005a): Constructing nationalities in East Central Europe. In: Judson, P./Rozenblit, M. (Hrsg.): *Constructing Nationalities in East Central Europe*. New York: Berghahn, S. 1–18.
- Judson, P. (2005b): The Bohemian Oberammergau: nationalist tourism in the Austrian Empire. In: Judson, P./Rozenblit, M. (Hrsg.): *Constructing Nationalities in East Central Europe*. New York: Berghahn, S. 89–106.
- Judson, P./Rozenblit, M. (2005) (Hrsg.): *Constructing Nationalities in East Central Europe*. New York: Berghahn.
- Judson, P./Zahra, T. (2012): Sites of indifference to nationhood. In: *Austrian History Yearbook* 43, S. 21–27.
- Karner, C. (2007): *Ethnicity and Everyday Life*. London: Routledge.
- Karner, C. (2010): The uses of the past and European integration: Austria between Lisbon, Ireland and EURO 08. In: *Identities: Global Studies in Culture and Power* 17(4), S. 387–410.
- Karner, C. (2011): *Negotiating National Identities*. Farnham: Ashgate.
- Karner, C. (2013): Europe and the nation: Austrian EU-scepticism and its contestation. In: *Journal of Contemporary European Studies* 21(2), S. 252–268.
- Karner, C. (2014): Discursively ‘doing’ and ‘undoing’ Europe the Austrian way. Vortrag gehalten bei der III. Political Linguistics Konferenz. Warschau, Polen.
- Kovács, A./Horváth, A./Kinsky-Müngersdorff, N. (2009): The 1956 Hungarian revolution in the Hungarian, Austrian and German media. In: Triandafyllidou, A./Wodak, R./Krzyżanowski, M. (Hrsg.): *The European Public Sphere and the Media*. Basingstoke: Palgrave, S. 83–114.
- Krzyżanowski, M./Wodak, R. (2009): *The Politics of Exclusion*. New Brunswick: Transaction.
- Krzyżanowski, M./Triandafyllidou, A./Wodak, R. (2009): Introduction. In: Triandafyllidou, A./Wodak, R./Krzyżanowski, M. (Hrsg.): *The European Public Sphere and the Media*. Basingstoke: Palgrave, S. 1–12.
- Liessmann, K. (2005): *Die Insel der Seligen*. Innsbruck: Studienverlag.

- Löw, R. (2010): Warum es an der Zeit ist für die Vereinigten Staaten von Europa. In: Falter 20, S. 7.
- Lynn, N./Lea, S. (2003): A “phantom menace” and the “new apartheid”. In: *Discourse & Society* 14(4), S. 425–452.
- Merlingen, M./Mudde, C./Sedelmeier, U. (2001): The Right and the righteous? European norms, domestic politics and the sanctions against Austria. In: *Journal of Common Market Studies* 39, S. 59–77.
- Menasse, R. (2012): *Der Europäische Landbote*. Wien: Zsolnay.
- NEOS (2014): Programm, [www.neos.eu/programm/9-europa-umarmen/](http://www.neos.eu/programm/9-europa-umarmen/) (Abruf 16.10.2014).
- ORF (2014): Anstand keine Frage der Herkunft, <http://orf.at/stories/2244035/2244037> (Abruf 27.5.2015).
- Pelinka, A. (1998): *Austria: Out of the Shadow of the Past*. Boulder: Westview.
- Portisch, H. (2011): *Was jetzt?* Salzburg: Ecowin.
- Profil (2013): Interview: „Die wunderbare Tradition des Wienerlieds“, 2.9, S. 23–25.
- Profil (2015): Interview: „Ich habe nur gepafft“, 16.2., S. 1.
- Rathkolb, O. (2005): *Die paradoxe Republik*. Wien: Zsolnay.
- Reisigl, M./Wodak, R. (2001): *Discourse and Discrimination*. London: Routledge.
- Rettet Österreich (2008): [www.wien-konkret.at/politik/wahlen/nationalratswahl2008/rettet-oesterreich/](http://www.wien-konkret.at/politik/wahlen/nationalratswahl2008/rettet-oesterreich/) (Abruf 11.5.2015).
- Schachner-Blazizek, P./Hauser, W. (2015): *EU-Topia: Gedanken zu Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft*. Wien: NMV Verlag.
- Thaler, P. (2001): *The Ambivalence of Identity*. West Lafayette: Purdue University Press.
- Uhl, H. (2006): From victim myth to co-responsibility thesis. In: Lebow, R. D./Kansteiner, W./Fogu, C. (Hrsg.): *The Politics of Memory in Postwar Europe*. Durham: Duke University Press, S. 40–72.
- Viehöver, W. (2014): Erzählungen im Feld der Politik, Politik durch Erzählungen: Überlegungen zur Rolle der Narrationen in den politischen Wissenschaften. In: Gadinger, F./Jarzebski, S./Yildiz, T. (Hrsg.): *Politische Narrative: Konzepte, Analysen, Forschungspraxis*. Wiesbaden: VS, S. 67–91.
- Volksbegehren (2015): [www.volksbegehren-eu-austritt.at](http://www.volksbegehren-eu-austritt.at) (Abruf 11.5.2015).
- Vranitzky, F. (2008): Eine Lanze für die EU, *Kronen Zeitung*, 29.7., S. 4–6.
- Wahl (2008): <http://wahl08.bmi.gv.at> (Abruf 11.5.2015).
- Weiss, G. (2002): A.E.I.O.U. In: Malmborg, M./Stråth, B. (Hrsg.): *The Meaning of Europe*. Oxford: Berg, S. 263–284.
- Weiss, G./Wodak, R. (2003): Introduction. In: Weiss, G./Wodak, R. (Hrsg.): *Critical Discourse Analysis*. Basingstoke: Palgrave, S. 1–31.
- Wingfield, N. (Hrsg.) (2003): *Creating the Other*. New York: Berghahn.
- Wodak, R./De Cillia, R./Reisigl, M./Liebhart, K. (1999): *The Discursive Construction of National Identity*. Edinburgh: Edinburgh University Press.
- Wodak, R./de Cillia, R. (2007): Commemorating the past: The discursive construction of official narratives about the “Rebirth of the Second Austrian Republic”. In: *Discourse & Communication* 1(3), S. 315–341.
- Wöller, B. (2014): „Europa“ als historisches Argument: Nationsbildungsstrategien polnischer und ukrainischer Historiker im habsburgischen Galizien. Bochum: Winkler.